

Dienstag, 24. April 1951.

"Emprunts extérieurs français".

Politisches Departement. Antrag vom 13. April 1951.  
 Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 13. April 1951.  
 Volkswirtschaftsdepartement. Mitbericht vom 16. April 1951.  
 Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht vom 18. April

1951.  
 Politisches Departement. Vernehmlassung vom 20. April 1951.

Das Politische Departement unterbreitet folgenden Bericht und Antrag:

"Ende Februar dieses Jahres ist die französische Regierung, im Wege über die Botschaft in Bern, mit dem Wunsche an uns herangetreten, eine Bereinigung der in der Schweiz aufgelegten französischen Aussenanleihen in die Wege zu leiten, soweit sich diese notleidend finden. Nachdem die Angelegenheit in verschiedener Hinsicht besondere Aspekte aufweist, dürfte eine etwas einlässlichere Darlegung am Platze sein.

#### I. Vorgeschichte.

a. Allgemeines. Es handelt sich um sechs Anleihen (siehe Anlage I), die in den Vorkriegsjahren in Holland und der Schweiz zur öffentlichen Zeichnung durch Inhabertitel gelangt waren. Im Vordergrund, und auch zahlenmässig überwiegend ins Gewicht fallend, sind die zwei direkt vom französischen Staat im Jahre 1939 ausgegebenen Anleihen, nämlich: 3 3/4 % République française 1939/45 und 4 % République française 1939/70, lautend auf holländische Florin zum damaligen festen Umwandlungskurs in Schweizerfranken. Diese beiden Anleihen waren mit besonders umfassenden Garantien für deren bedingungslose und uneingeschränkte Bedienung und Rückzahlung versehen; die einschlägige Klausel lautet:

"L'Etat français s'engage à effectuer ces paiements et ces remboursements, à en assurer le transfert en tout temps sans aucune restriction et quelles que soient les circonstances dans les monnaies et sur les places de payement stipulées, sans discrimination de nationalité ou de domicile des porteurs et sans exiger l'accomplissement d'aucune formalité."

Die übrigen vier Anleihen waren durch öffentlich rechtliche Körperschaften ausgegeben, jedoch ebenfalls mit einer Garantie des französischen Staates versehen. Das bereits 1945 zum vollen Verfall gekommene Anleihen 3 3/4 % 1939 wird als "totes" Anleihen bezeichnet; die übrigen, über längere Zeit zur gestaffelten Tilgung gelangenden, als "lebende" Anleihen.

Die erwähnten Garantien vermochten nicht zu hindern, dass die französische Regierung während des Krieges die Bedienung der Aussenanleihen wiederholt einstellte, bzw. deren Bedienung in der Folge nur in beschränktem Ausmasse wieder aufnahm. Letzteres erfolgte technisch durch das bekannte System der Affidavits und Nicht-Feind-Erklärungen. Dies hat zur Folge, dass sich auch heute, trotz wiederholter Ausdehnungen in der Bedienung während den letzten Jahren, ein gewisser Bestand in der Schweiz befindet, der sich mangels Erfüllung der geltenden Kriterien notleidend findet. Diese Titel, denen somit das erforderliche Affidavit, bzw. die Nicht-Feind-Erklärung fehlt, werden börsenmässig als "ohne/ohne" bezeichnet; entsprechend wurden sie meist tief unter den für "gute" Stücke geltenden Kursen erworben.

Diese Situation hat ihre Auswirkungen namentlich in zweifacher Hinsicht: einmal können die Interessen der Inhaber notleidender Titel im Spiele stehen; eine nähere Abstufung in der Schutzwürdigkeit - wollte man eine solche je nach Zeitpunkt und Erwerbsmotiven versuchen - dürfte allerdings recht schwierig sein. Von besonderer Tragweite erweist sich das zweite Element, nämlich der Umstand, dass sich die Bedienungszusagen für einen Teil der Titel nicht erfüllt finden. Dies wiederum hat zur Folge, dass sich die Gewährung neuer Kredite an Frankreich, und damit die Weiterentwicklung unserer von jeher besonders intensiven Finanzbeziehungen zu diesem Lande beeinträchtigt findet. Sowohl unsere Grossbanken, wie die am Kapitalexport beteiligten Instanzen, haben seit Kriegsende konsequent die Auffassung vertreten, dass eine Oeffnung des schweizerischen Kapitalmarktes die integrale Erfüllung der eingegangenen Zusicherungen und Garantien durch das Schuldnerland zur Voraussetzung haben müsse.

In Erkenntnis dieser Sachlage wurden in den letzten Jahren zwischen den französischen Behörden und der Schweizerischen Bankiervereinigung, bzw. den als Zentralstelle figurierenden schweizerischen Instituten (Kreditanstalt, Bankverein), wiederholte Versuche zu einer Regelung unternommen, wobei auch an die Verknüpfung durch einen neuen schweizerischen Bankenkredit gedacht wurde. Diese Berühungen stiessen jedoch auf eine Reihe von Schwierigkeiten, teilweise aus bankmässigen Gründen heraus (von Verjährung bedrohte Coupons beim  $3\frac{3}{4}\%$ , etc.), teilweise weil Frankreich im Verhältnis zur Schweiz die nötigen Disponibilitäten fehlen mochten. Anfangs 1951 wurden diese Besprechungen vorerst auf der Stufe der Banken erneut aufgenommen. In der Folge konnte bezüglich der banktechnischen Fragen, d.h. hinsichtlich des Ausmasses in der Bedienung, etc., eine Verständigung erzielt werden. Frankreich nimmt dabei die Aufhebung der aus der Kriegszeit verbliebenen Einschränkungen, namentlich unter dem Titel der Feindgesetzgebung, in Aussicht, was den Wegfall des bisherigen Affidavit-

- 3 -

systems bedeuten würde. Offen blieb dagegen die Bereitstellung der erforderlichen Mittel.

b. Transferfrage. Bei der Auflegung der verschiedenen Anleihen herrschte zwischen Frankreich und der Schweiz ein freier Zahlungsverkehr. Aber auch nachdem der laufende Zahlungsverkehr seit Sommer 1940 eine bilaterale Bindung erfuhr, wickelte sich die Bedienung der französischen Aussenanleihen - soweit diese französischerseits Platz griff - vorerst durch Erwerb freier Schweizerfranken mittels Gold ab, über welches Frankreich damals in der Schweiz verfügte. Erst bei Abschluss der ersten umfassenden Neuregelung nach Kriegsende, durch den "Accord financier" vom 16. November 1945, wurde auch die Abwicklung des laufenden Zinsen- und Amortisationsdienstes in den bilateralen Verkehr einbezogen; für die sog. "vertraglichen Amortisationen" geschah dies durch einen besondern Finanzbrief No F 2. Damit wurde auch die Bedienung der französischen Aussenanleihen des gebundenen Zahlungsverkehrs teilhaftig. Letzterer fand sich bekanntlich seit 1945 durch schweizerische Währungsvorschüsse alimentiert; mit dem Beitritt der Schweiz zur Europäischen Zahlungsunion wurde der Vorschuss-Saldo konsolidiert, und erfolgt nunmehr der Spitzenausgleich des laufenden Verkehrs über das multilaterale Verrechnungssystem.

c. Affidavitwesen. Die den verschiedenen Suspendierungen folgende beschränkte Wiederaufnahme des Anleihendienstes stand jeweils unter dem Zeichen der französischen Feindgesetzgebung, die gerade mit Bezug auf Inhabertitel ihre besondern Auswirkungen hatte. Die einzelnen Etappen waren kurz wie folgt:

Nachdem der Anleihendienst, nach der teilweisen Besetzung Frankreichs im Sommer 1940, eingestellt worden war, erfolgte im Anschluss an Wirtschaftsvereinbarungen mit der Regierung Vichy eine Wiederaufnahme, gemäss vertraulichem Briefwechsel mit der französischen Botschaft in Bern vom 30. Mai 1941, unter nachstehenden Einschränkungen:

".... Toutefois, le Gouvernement français se réserve de n'assurer les transferts qu'en ce qui concerne les titres dont il sera reconnu, d'une manière lui donnant satisfaction, qu'ils n'ont pas cessé d'appartenir, depuis le 21 février 1941, uniquement à des personnes considérées comme suisses au sens du présent échange de lettres."

Dies führte zur Einführung des sog. "affidavit de chaîne".

Unterm 25. November 1942, d.h. nach völliger Besetzung Frankreichs, teilte die französische Botschaft die erneute Einstellung des Anleihendienstes mit, indem die französische Regierung augenblicklich nicht über die erforderlichen Disponibilitäten verfüge.

Im Anschluss an eine französische Ankündigung in der Presse bildete die Wiederaufnahme Gegenstand eines vom 23. Juni 1945 datierten "Avenant No 4" zum Briefwechsel vom 30. Mai 1941, mit der zusätzlichen Einschränkung:

".... les porteurs des titres visés ci-dessus devront, de plus, justifier soit la propriété d'un résident suisse avant le 9 septembre 1939 des titres entre leurs mains, soit justifier l'achat de ces titres en bourse suisse entre le 9 septembre 1939 et le 21 février 1941, soit leur achat aux Pays-Bas avant le 10 mai 1940.

Par ailleurs, les titres devront être, en outre, accompagnés d'un certificat de propriété non-ennemie, attestant que leur propriétaire actuel ne représente pas un intérêt ennemi, et qu'ils n'ont jamais été, depuis le 17 novembre 1944, la propriété de personnes considérées comme ennemies de la France par la législation de guerre française."

Mit Brief der französischen Botschaft vom 7. September 1945 wurde der Briefwechsel vom 30. Mai 1941, einschliesslich Avenant No 4 vom 23. Juni 1945, gekündigt.

Auch nach Kriegsende fand sich Frankreich beim Abschluss des vorerwähnten "Accord financier" vom 16. November 1945 lediglich zu einer Wiederaufnahme des Anleihendienstes gemäss den frühern Kriterien bereit. Dies geschah in autonomer Weise, ohne bilaterale Verankerung. Ähnlich verhält es sich mit verschiedenen Ausweitungen 1946 (Honorierung Titel mit Affidavit L 2, Affidavitkonvention vom 1. Okt. 1944), 1947 und zuletzt März 1950 (Honorierung Titel mit Affidavit L 1 und Schweizerbesitz 1. April 1950). Seit 1946 wurde denn auch nach den gleichen Kriterien die Rückzahlung der 3 $\frac{3}{4}$ % Anleihe aufgenommen.

Bei dieser Entwicklung ist offensichtlich, dass die einzelnen Massnahmen, d.h. die Suspendierungen sowie die Beschränkungen bei der Wiederaufnahme des Anleihendienstes, ausschliesslich französischer Initiative entsprangen, und in diesem Sinne einseitige Modifikationen der Anleihensgarantien darstellen; ganz besonders muss dies für die direkten Staatsanleihen 1939 ins Gewicht fallen. Auch die generelle Einbeziehung des Zinsen- und Amortisationsdienstes in das Finanzabkommen vom 16. November 1945 bedeutet unseres Erachtens lediglich die schweizerische Bereitschaft zur Zulassung über den gebundenen Zahlungsverkehr, ohne jedoch dadurch den Grundcharakter der fraglichen Anleihensverpflichtungen juristisch zu berühren. Gleichzeitig erwies sich als ratsam, eine direkte Mitwirkung staatlicher Instanzen bei der Durchsetzung der französischen, d.h. der Feindgesetzgebung entspringenden Einschränkungen - die zudem als Einbruch in unser "ordre public"

betrachtet werden können - zu vermeiden. Diese Ueberlegung war es denn auch, die weitgehend für die Ueberlassung des Affidavitwesens an die Schweizerische Bankiervereinigung den Ausschlag gab. Obgleich auch die Schweiz, unter dem Titel einer gerechten Verteilung der Clearingmittel, eine Reihe besonderer Auszahlungskriterien kennt, bemühte sie sich bewusst, der Zulassung der französischerseits zugestandenen Bedienung keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, und damit praktisch die französischen Kriterien hinzunehmen.

Wenn die französischen Anleihen, zufolge der erwähnten Einschränkungen in der effektiven Bedienung, ihren ursprünglich internationalen Charakter verändert haben, so mag sich dies für das Schuldnerland aus den kriegsbedingten Umständen heraus erklären. Mit dem Zusammenbruch des freien Zahlungsverkehrs, bzw. dem Mangel an freien Zahlungsmitteln, sah sich Frankreich zur zugesagten internationalen Bedienung (die in Holland bzw. der Schweiz zur Auflage gelangten "tranchen" waren ländersweise nicht näher identifiziert) ausserstande; das Schuldnerland erklärte sich damit virtuell auf die Mittel des bilateralen Zahlungsverkehrs angewiesen.

## II. Französischer Vorschlag, schweizerische Stellungnahme.

Zur Rückzahlung des Restbestandes der 3 $\frac{3}{4}$ % Anleihe 1939 sind nach französischen Angaben rund sFr. 34 Mio erforderlich; dies stellt, nach Abgeltung der in Holland und Frankreich zur Anmeldung bzw. Rückzahlung gelangenden Titel, den Saldo in den Büchern des französischen Finanzministeriums dar. Die französische Regierung postulierte dabei die totale Abgeltung über das Vertragskonto "A" des gebundenen Zahlungsverkehrs, u.a. mit dem Hinweis auf den seit einigen Monaten nicht unerheblichen Ueberschuss der französischen Warenlieferungen nach der Schweiz. Schweizerischerseits musste dies für das seit 1945 verfallene 3 $\frac{3}{4}$ % Anleihen entschieden abgelehnt werden, indem Konto "A" grundsätzlich für "laufende Zahlungen" reserviert ist, und es sich auch nicht um vertragliche Amortisationen im eigentlichen Sinne mehr handeln kann. Die ersten Besprechungen, ergänzt durch verschiedene Sondierungen an massgebender Stelle in Paris, zeigten jedoch bald, dass ein beidseitiges Festhalten auf diesen Positionen ein Scheitern auch dieses Versuchs bedeuten würde.

Aus den noch näher darzulegenden Gründen glaubte daher die Ständige Wirtschaftsdelegation, auf Antrag des Politischen Departements, unter gewissen Voraussetzungen eine Mittellösung ins Auge fassen zu können. Gedacht wird dabei an eine teilweise, zahlenmässig fest umgrenzte Mitwirkung des Konto "A", und zwar in Form zeitlich gestaffelter Beiträge. Diese Mitwirkung des Vertragskontos sollte 50% des Gesamtsaldos, d.h. maximal sFr. 17 Mio, nicht übersteigen, während

- 6 -

der Rest durch Frankreich aus freien Mitteln aufzubringen wäre. Desgleichen hätte Frankreich für die durch die zeitliche Staffelung bedingte Ueberbrückung zu sorgen. Es besteht insofern Interesse an einer raschen Regelung, als auf 1. Juni 1951 der letzte Zinscoupon zur Verjährung gelangen würde, was wohl auch für die bankenmässige Verständigung neue Schwierigkeiten zur Folge hätte. Durch die zeitliche Staffelung des Beitrages aus Konto "A" würde unsere Mitwirkung gewissermassen den Charakter vertraglicher Amortisationen annehmen; auch wäre damit das Prinzip, wonach eigentliche Kapitalrückzahlungen normalerweise nicht über den gebundenen Zahlungsverkehr transferierbar sind, weitmöglichst gewahrt. Im weitern sehen wir u.a. unter dem Titel einer ausreichenden Alimentierung des gebundenen Zahlungsverkehrs die Aushandlung zusätzlicher französischer Warenlieferungen vor. In erster Linie denken wir an die Erwirkung von Nickel (aus franz. Caledonien), sowie an ein Zusatzkontingent für französische Kohle, somit an versorgungsmässig wichtige Positionen. Womöglich wären weitere schweizerische Begehren zu berücksichtigen, so besonders im Uhrensektor.

Was andererseits die "lebenden Anleihen" betrifft, deren laufende Bedienung heute einen jährlichen Transferbetrag von rund sFr. 10 Mio darstellt, haben wir unsere Bereitschaft zu einer gewissen Ausweitung, in Anlehnung an die generellen schweizerischen Zulassungskriterien, in Aussicht gestellt.

Die weitere Behandlung dieser Fragen würde nunmehr die Einleitung eigentlicher Verhandlungen mit Frankreich erfordern.

### III.

Die geschilderte Ausgestaltung dürfte geeignet sein, zwei etwas besondern, in der internen Diskussion denkbaren Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Einmal mit Bezug auf die verschiedenen Affidavitvergehen, wie sie sich gerade im Verkehr mit Frankreich ereignet, und die zu den bekannten Strafurteilen des Bundesstrafgerichtes geführt haben. In der Tat lässt sich nicht bestreiten, dass die vorgesehene Regelung auch Titelinhabern zugute kommen kann, die sich schwerer Vergehen schuldig gemacht haben, soweit ihnen die fraglichen Titel letztendlich belassen wurden. Ein solcher Einwand wird sich von vorneherein auf eine Mitwirkung durch Mittel des gebundenen Zahlungsverkehrs beschränken. Es will uns jedoch scheinen, dass es sich bei den fraglichen Vergehen um interne Ereignisse handelt, die zudem ihre straf- wie zivilrechtliche Erledigung gefunden haben, bezw. noch finden.

Jedenfalls kann eine solche Bereinigung keinerlei Einfluss auf die Strafbarkeit gewisser Handlungen in einem früheren Zeitpunkt, d.h. unter anders gearteter Regelung der Bedienungsverhältnisse haben. Die noch näher zu erläuternde Wünschbarkeit einer generellen Regelung sollte dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Zweitens kann sich die Frage der spekulativen Auswertung stellen. Insbesondere bei den Anleihen 1939 dürften eine Reihe von Titeln "ohne/ohne", die 1946 zu Kursen bis auf 20% des Nennwertes hinunter erhältlich waren, nun einer vollen Abgeltung teilhaftig werden; der nähere Grund für dieses beträchtliche "disagio" liegt im Umstand, dass die französischen Residenten gehörenden Titel, gemäss einem französischen Gesetz vom 8. Februar 1941, in Frankreich nur noch in französischen Franken abgegolten werden, die  $3\frac{3}{4}\%$  Anleihe zudem zum Kurse am Verfalltag 1945. So bedauerlich solche Entwicklungen erscheinen mögen, so sind sie schlechterdings die Folge jeder transferrechtlichen und ähnlichen Beschränkung im Finanzsektor. So kann jede Festlegung transfermässiger Stichtage einen Anreiz zur Spekulation darstellen; trotzdem bedeutet die periodische Vorverlegung von Stichtagen in der Regel ein berechtigtes Postulat in der Richtung einer Normalisierung der Finanzbeziehungen, soweit dies die jeweilige Transferlage erlaubt.

#### IV. Begründung unserer Anträge:

Die Gründe, die unseres Erachtens eine Mitwirkung bei der Bereinigung dieses Problems rechtfertigen, sind namentlich folgende:

a. Der Umstand, dass die weitere Entwicklung unserer Finanzbeziehungen zu Frankreich eine Liquidation der alten Anleihen zur Voraussetzung hat, wurde bereits angedeutet. Ueber das Verhältnis zu Frankreich hinaus wird jedoch dadurch die Kreditgewährung ans Ausland generell berührt. In der Tat muss bei den heutigen Transferproblemen mit Ländern des gebundenen Zahlungsverkehrs der Sicherstellung einer bedingungslosen Bedienung und Rückzahlung besondere Bedeutung zukommen. Angesichts der dem bilateralen Verkehr innewohnenden Ungewissheit, wie der vorläufigen zeitlichen und inhaltlichen Begrenztheit der Europäischen Zahlungsunion, hat sich die Gewährleistung auch auf die normalerweise über den gebundenen Zahlungsverkehr zugelassenen Zahlungen für Zinsen und vertragliche Amortisationen zu erstrecken. Mit andern Worten, das Schuldnerland hat die Abgeltung "unter allen Umständen", nötigenfalls auch ausserhalb des gebundenen Zahlungsverkehrs, zu garantieren. Dies wurde denn auch für sämtliche seit Kriegsende in der Schweiz zur Auflegung gebrachten neuen Anleihen durchgesetzt. Es liegt auf der Hand, dass die konsequente Verfolgung dieser Politik auch eine Durchsetzung ähnlicher alter Vertragsklauseln erheischt.

b. Nun lässt sich sagen, dass die Bereinigung der französischen Aussenanleihen grundsätzlich Sache Frankreichs sein muss, nötigenfalls durch Aufbringung in freien Devisen. Dies ist denn auch die Auffassung, die wir mit Nachdruck vertreten haben. Demgegenüber ist jedoch zu berücksichtigen, dass der laufende Zinsen- und Amortisationsdienst im Verhältnis zu Frankreich seit dem früher erwähnten Finanzbrief No F 2, vom November 1945, im Sinne der sogenannten "laufenden Zahlungen" zur Abwicklung über das bilaterale Vertragskonto zugelassen ist; übrigens analog im Verkehr mit den meisten Ländern des gebundenen Zahlungsverkehrs. Damit lässt sich sagen, dass sich die Bedienung der französischen Aussenanleihen seit November 1945 wohl in umfassenderer Weise über Konto "A" abgewickelt hätte, wären nicht die französischerseits ergriffenen Einschränkungen gewesen. Wenn nun auch rückständige Leistungen nicht ohne weiteres mehr Anspruch auf Behandlung als "laufende Zahlungen" haben können, so lässt sich doch der Umstand berücksichtigen, dass der gebundene Zahlungsverkehr seinerzeit eine entsprechende Entlastung erfuhr. So wurden denn auch für die 3 $\frac{3}{4}$ % Anleihe, trotzdem es sich nicht um vertragliche Tilgungen sondern um deren integralen Verfall handelte, die seit 1946 aufgenommenen Rückzahlungen entsprechend zugelassen.

c. Transfermässig weist der Zahlungsverkehr mit Frankreich seit einigen Monaten namhafte Ueberschüsse in den Ein- und Auszahlungen aus, wenn man den normalen Verkehr zugrunde legt und von einzelnen Kontenbelastungen durch über die EZU konsolidierte Bundesforderungen absieht. Auch hat Frankreich den in letzter Zeit wesentlich gesteigerten schweizerischen Bezugswünschen keine besondern Schwierigkeiten in den Weg gelegt; im Gegenteil, die vereinbarten Programme finden sich bei verschiedenen versorgungsmässig wichtigen Positionen nicht unwesentlich überschritten. Die relativ günstige Zahlungsbilanz mit Frankreich ist es denn auch, die uns im heutigen Zeitpunkt ein teilweises Eintreten auf die französischen Wünsche leichter macht, als dies vielleicht in einem frühern Zeitpunkte der Fall gewesen wäre. Auch wenn unter dem Verrechnungssystem der EPU jede neue Ausweitung ihre Auswirkungen auf unsere Gesamtposition ausübt, so wird doch für die Beurteilung eines bilateralen Problems in erster Linie von der bilateralen Struktur ausgegangen werden können.

d. Bemerkt sei ferner, dass Frankreich zu einer gewissen Zeit gewisse Ueberträge aus freien Mitteln, bzw. aus Konto "D", auf das Vertragskonto "A" leistete. Wenn diese Ueberträge technisch auch als abgegolten zu betrachten sind, so lassen sie sich zur allgemeinen Beurteilung mit heranziehen.



e. Eine Ausweitung in der Zulassung lässt sich ferner mit der analogen Handhabung gegenüber andern Ländern rechtfertigen. So konnten die schweizerischen Transferkriterien im Finanzsektor in letzter Zeit mit einer Reihe von Vertragspartnern erweitert werden, um nur die Verschiebung der schweizerischen Stichtage beim Sterlinggebiet (jetzt 1. November 1950) und Italien (jetzt 1. Oktober 1950) zu erwähnen. Vollständigkeithalber sei auch auf die parallelen Postulate der OECE, in Verbindung mit dem Zahlungsmechanismus der EPU, verwiesen.

f. Schliesslich dürfen für die schweizerische Bereitschaft u.E. auch die allgemeinen Beziehungen zu Frankreich angerufen werden. Es unterliegt keinem Zweifel, dass das Problem der französischen Aussenanleihen für Frankreich seit langem eine offene Wunde bedeutet, die beim bisherigen Wiederaufbau und den heutigen Anstrengungen Frankreichs immer unangenehmer empfunden werden muss. Wenn sich Frankreich auch früher oder später um die Aufnahme neuer Anleihen in der Schweiz bemühen dürfte - entsprechende Projekte wurden wiederholt erörtert -, so sollte die beantragte Liquidation einer für Frankreich eng mit der Kriegszeit verknüpften Situation auch im Interesse unserer weitem Beziehungen zu diesem für uns in mancher Hinsicht besonders bedeutsamen Nachbarn liegen.

\* \* \*

Aus diesen verschiedenen Ueberlegungen, wie nach umfassender Prüfung im Rahmen der Ständigen Wirtschaftsdelegation, glauben wir im vorgesehenen Ausmasse und unter den ins Auge gefassten Voraussetzungen, eine Mitwirkung bei der Bereinigung der in Frage stehenden französischen Aussenanleihen beantragen zu sollen. Das Volkswirtschaftsdepartement sowie das Finanz- und Zolldepartement werden einen Mitbericht abgeben.

V.

Für die praktische Durchführung beabsichtigt Frankreich, wie oben angedeutet, generell die Aufhebung der Affidavit- und ähnlichen Auszahlungsdokumente. Andererseits ist die Bedienung von Finanzforderungen im Wege des gebundenen Zahlungsverkehrs schweizerischerseits jeweils von der Erfüllung gewisser Zulassungskriterien abhängig (Voraussetzung schweizerischer Finanzforderung, schweizerischer Gläubigereigenschaft, Stichtage, etc.); es handelt sich hier gewissermassen um das Gegenstück des schweizerischen Ursprungscharakters im Warensektor. Ein völliger Verzicht auf diese generell geltenden Kriterien kann selbstverständlich nicht in Frage kommen. Um nun aber bei Wegfall der französischerseits verlangten Unterlagen deren Ersetzung durch ein schweizerisches Clearing-

affidavit zu vermeiden, soll der Versuch unternommen werden, die Lösung in der Festsetzung fester Transferkontingente zu finden. Während für die den allgemeinen schweizerischen Kriterien entsprechende Bedienung eine Abrechnung über Konto "A" erfolgen würde, hätte Frankreich andererseits den mangels Erfüllung der schweizerischen Kriterien nicht gedeckten Teil ausserhalb des gebundenen Zahlungsverkehrs aufzubringen. Eine ähnliche Regelung besteht bereits seit einiger Zeit im Finanzverkehr zwischen der Schweiz und Norwegen. Diese Lösung dürfte eine Vereinfachung in der Abwicklung bedeuten, ohne dass dies mit ungebührlichen Risiken und Umtrieben belastet erscheint, ist doch auch unter dem Affidavitsystem ein umfassendes Kontroll- und Revisionsystem erforderlich. Selbstverständlich bildet dabei die Bereitschaft des Schuldnerlandes zur Abdeckung der nicht über das Vertragskonto zur Bedienung gelangenden Titel eine "conditio sine qua non" für die weitmöglichste Rückkehr zum internationalen Anleihenscharakter, wie auch für die französischerseits für die 4 % République française 1939 nachgesuchte Kotierung an der schweizerischen Börse, wozu die Schweizerische Zulassungsstelle im gegebenen Zeitpunkt Stellung zu nehmen haben wird.

Wir beehren uns somit, dem Bundesrat folgende Anträge zu unterbreiten:

1. Es sei von vorstehendem Bericht, wie dem darin ins Auge gefassten Vorgehen, in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen;
2. Es sei das Politische Departement zu beauftragen, im Benehmen mit dem Volkswirtschaftsdepartement und dem Finanz- und Zolldepartement, mit Frankreich entsprechende Verhandlungen aufzunehmen und eine französische Delegation nach Bern einzuladen; sollte die Entsendung einer schweizerischen Delegation nach Paris erforderlich werden, so wäre eine Delegation gesondert zu bestimmen."

Die zum Mitbericht eingeladenen Departemente äussern sich zu diesem Geschäft wie folgt:

Finanz- und Zolldepartement:

"Le remboursement des titres par le compte A de l'accord franco-suisse tel qu'il est proposé par le Gouvernement français aurait effet d'augmenter de 27-millions de francs l'avance de la Confédération à l'Union Européenne de Paiement.

Cette avance dépassait déjà 110 millions de francs au 31 mars 1951.

Le remboursement ultérieur du crédit de la Confédération aura pour effet - les pays débiteurs ne pouvant payer en or - d'absorber une partie des francs suisses provenant des importations, c'est-à-dire de diminuer les sommes qui pourront être mises alors à la disposition de l'industrie d'exportation, des créanciers financiers suisses et du tourisme. Autrement dit, toute avance faite aujourd'hui dans le trafic des paiements avec l'étranger, non seulement implique un risque, mais encore constitue une hypothèque sur le trafic de demain et les branches économiques qui en dépendent.

C'est pourquoi le trafic des paiements est étroitement surveillé par l'office suisse de compensation afin que le produit des importations soit mis au service des exportations, du tourisme et des créanciers financiers. Pour se rendre compte de la nécessité et de l'importance de ce contrôle, il suffit de constater que les dépenses de l'office de compensation sont de quelque 8 millions de francs par an.

En ce qui concerne les créances financières, la réglementation en vigueur admet le transfert des revenus et des amortissements contractuels. En revanche, le transfert du capital lui-même (excepté l'amortissement contractuel) n'est autorisé que dans des cas exceptionnels (Härtefälle par exemple) et lorsque le créancier est domicilié en Suisse.

Dans le cas de l'emprunt français 3 3/4, tous les titres qui appartenaient à des Suisses aux diverses dates critiques (1939, 1944, 1945) ont été remboursés. Le solde de 35 millions auquel se rapporte la proposition du département politique, concerne uniquement des titres sans affidavit appartenant à des étrangers et qui ont été acquis ultérieurement par des Suisses afin de passer comme propriété suisse et être remboursés en francs suisses. Les porteurs des titres en question sont donc soit des étrangers et plus particulièrement des Français qui n'ont pas pu présenter leurs titres pour remboursement en France parce qu'ils n'étaient pas en ordre avec le fisc, soit des Suisses de la dernière heure et spécialement certains banquiers bien informés des intentions de la France.

Le département fédéral des finances et des douanes n'a rien à objecter au remboursement de ces titres en francs suisses par le Gouvernement français, tant que celui-ci rembourse au moyen de son propre argent. En revanche, il ne saurait admettre que le paiement se fasse par le compte A; c'est-à-dire, par la mise en contribution du crédit de la Confédération à l'Union Européenne de Paiement. La réglementation en vigueur exclut un tel transfert par le compte A et une exception en faveur d'étrangers et de spéculateurs ne se justifie point.

Le Gouvernement français ayant un intérêt majeur à liquider ce solde de l'emprunt 3 3/4, afin d'émettre de nouveaux emprunts en Suisse, la Confédération pourrait, dans le cadre des principes énoncés ci-dessus, contribuer à faciliter l'opération sur les bases suivantes:

1. Afin de se procurer les francs suisses nécessaires au paiement de ses engagements, la France livrerait à la Suisse à titre supplémentaire des matières premières dont celle-ci a besoin (charbon, nickel, etc.) pour 27 millions de francs, ce qui n'est pas excessif si l'on considère que la Suisse importe de France pour plus de 500 millions de francs par an.

2. La contrevaletur de ces importations serait versée au compte D à la libre disposition de la Banque de France qui payerait directement ses créanciers.

3. Pour que la Banque de France puisse faire ses règlements en temps voulu, les moyens nécessaires pourraient être virés momentanément du compte A au compte D, à la condition qu'ils soient remboursés ultérieurement au compte A au fur et à mesure du paiement des marchandises importées.

Par ces motifs, le département fédéral des finances et des douanes a l'honneur de proposer au Conseil fédéral d'approuver la proposition faite ci-dessus ou tout autre solution s'abstenant de mettre à contribution le crédit de la Confédération pour des opérations financières de pure spéculation."

Volkswirtschaftsdepartement:

"I. Emprunt de l'Etat français 1939 3 3/4%. Comme le département politique le relève, il appartient à la France de procurer les moyens nécessaires au remboursement de cet emprunt. Si ce remboursement n'a pas été effectué en temps utile, la Suisse ne saurait en aucune façon en être rendue responsable. Nous reconnaissons, néanmoins, qu'il est de l'intérêt du développement futur des relations financières franco-suisse, comme aussi de nos relations en général avec la France, que la liquidation des anciens emprunts trouve une solution satisfaisante. Il y a lieu, en revanche, de tenir compte du fait que le remboursement de l'emprunt 3 3/4 % par le compte A de l'accord de paiement franco-suisse aurait pour effet d'augmenter la créance de la Suisse vis-à-vis de l'Union européenne des paiements et, par conséquent, le crédit à accorder par la Suisse à cet organisme. Aussi sommes-nous de l'avis que la demande du Gouvernement français ne saurait, en tout état de cause, être acceptée intégralement. La proposition qui est faite par le département politique de payer 50 %, soit 17 millions de francs par le compte A, sous la forme de paiements échelonnés et 50 % en devises libes, rencontre en principe notre assentiment. Nous sommes toutefois de l'avis qu'il conviendrait, dans des négociations officielles - jusqu'à présent, les conversations n'ont été conduites, du côté suisse, que par le directeur général du crédit suisse qui n'avait pas de mandat officiel - de chercher à négocier cette concession de la Suisse. Le prélèvement d'une partie du remboursement de l'emprunt sur le compte A pose, en effet, la question d'une alimentation supplémentaire de ce compte. Or, la Suisse aurait un grand intérêt à pouvoir importer, ne serait-ce qu'en petite quantité (1'000 à 2'000 tonnes), du nickel de France, qui produit ce métal en Nouvelle Calédonie. En outre, la France a diminué pour 1951 les attributions de charbon à la Suisse; pour rétablir le courant d'affaires antérieures, la Suisse aurait besoin d'un contingent supplémentaire de 100'000 tonnes de charbon, valable jusqu'à l'expiration de l'accord commercial en vigueur (31 août 1951). Enfin, la Suisse s'efforce depuis longtemps d'obtenir une augmentation du contingent pour l'importation d'horlogerie en France, qui devrait être relevé si possible de 20 à 30 millions de francs; il n'est pas exagéré de prétendre que cette question trouble, jusqu'à un certain point, les relations économiques entre les deux pays, aussi attacherions-nous du prix à ce que l'on profite de conversations qui ont précisément pour objet d'améliorer les relations franco-suisse, pour la régler. Nous serions donc désireux que ces trois points soient soumis aux autorités françaises lors de la discussion du remboursement de l'emprunt 3 3/4 %. Bien entendu, une importance accrue devra, dans la négociation, être donnée à nos demandes au cas où suivant le cours des conversations, la Suisse se verrait éventuellement amenée à envisager une concession plus étendue à la charge du compte A.

- 13 -

II. - Autres emprunts extérieurs français. Quant aux cinq autres emprunts dits "vivants", dont les revenus et les amortissements représentent un montant total de 10 millions de francs suisses en chiffres ronds par année, nous donnons notre accord à ce que la Suisse en autorise le transfert par le compte A."

Justiz- und Polizeidepartement:

"Vous m'avez transmis le 6 avril un exposé du département politique fédéral concernant les emprunts extérieurs français, daté du 4 de ce même mois. Le chef du département politique fédéral aimerait savoir si le ministère public a des observations à présenter.

Il s'agit en particulier de l'emprunt 3 3/4 % République française 1939/45.

On sait que la France n'a remboursé jusqu'ici que les obligations 3 3/4 % 1939 munies d'affidavits:

- affidavit A 1 pour les titres en propriété suisse - ininterrompue depuis le 2 septembre 1939;
- affidavit L 2 destiné aux titres qui reposaient (dépôt) effectivement en Suisse, d'une manière ininterrompue, depuis le 2 septembre 1939;
- affidavit L 1 pour les titres en propriété suisse ininterrompue depuis le 1er juin 1944;
- affidavit A IX destiné aux titres appartenant, depuis le 1er septembre 1945, à des résidents suisses au sens de la législation française sur les changes.

Ce report<sup>répété</sup>/des dates-critères montre bien que la France n'a fait face à ses obligations qu'au fur et à mesure de ses moyens financiers, ce qui explique ces "tranches" consécutives. Encore n'a-t-elle pu s'exécuter dans cette mesure que grâce aux crédits que la Confédération a mis à sa disposition.

Restent toutes les obligations 3 3/4 % qui circulent ou sont en mains suisses, sans affidavit de clearing. La France aimerait rembourser également ces titres-là, évalués, pour l'ensemble, à quelque 34 millions de francs suisses. Elle aimerait le faire, en partie tout au moins, par le compte A, par lequel se font tous les paiements courants commerciaux et financiers entre la France et la Suisse, à l'exception des transferts de capitaux. Je note que le solde du compte A est annoncé à la fin de chaque mois à l'Union européenne de paiement (UEP) pour la compensation multilatérale. En cas d'insuffisance de moyens de paiement aux créanciers suisses, la Confédération doit faire l'avance de fonds, conformément aux engagements pris envers l'UEP. À fin février 1951, la Confédération était déjà créancière de l'UEP de 21 millions de dollars, soit 90 millions de francs, et il faut s'attendre à voir ce chiffre s'accroître chaque mois, ce qui nous obligera à faire à l'UEP les crédits correspondants.

Le problème qui va être soumis au Conseil fédéral est le suivant: Peut-on recourir au compte A pour permettre à l'Etat français de se libérer définitivement de sa dette?

C'est là une question qui relève uniquement de la politique financière. Elle ne regarde donc pas le ministère public.

Dans son exposé du 4 avril, le département politique fédéral fait allusion (pages 8 et 9) à deux aspects spéciaux du problème: les titres qui ont fait l'objet de faux affidavits et le caractère spéculatif de l'opération envisagée pour les porteurs actuels des titres sans affidavits.

a) Les responsables des fraudes commises à l'aide de faux affidavits ont dû rembourser l'intégral des sommes perçues par la voie du clearing. Sur quoi la France leur restitua le même nominal de titres, mais sans déclarations. C'est, par exemple, le cas de Charles Renaud, condamné à 3 ans de réclusion par la cour pénale fédérale. Renaud a remboursé à l'époque le total des sommes versées à tort par le Trésor français, soit 3.600.000 francs; sur quoi le ministère français des finances lui remit l'équivalent en titres, ceux-ci n'étant, bien entendu, pas assortis d'affidavits. L'idée qui était à la base de cette opération était de rétablir le statu quo ante. Or Renaud a gardé les titres, de sorte que lorsqu'il sortira de prison, il aura l'agréable surprise de se retrouver millionnaire grâce aux avances faites par la Confédération! C'est peut-être choquant, mais il n'en reste pas moins que si Renaud, au lieu de faire confectonner de faux affidavits pour en munir les obligations qu'il avait acquises en 1946, avait simplement attendu le moment présent, il toucherait aujourd'hui la même somme. Pour n'avoir pas su attendre et s'être laissé aller à faire des faux, il a été condamné à trois ans de réclusion et 50.000 francs d'amende.

Les faux affidavits sont une chose, et la question du transfert des créances financières en est une autre. Je ne vois pas en quoi ces deux choses, bien distinctes l'une de l'autre, pourraient se toucher. L'une n'empêchant pas l'autre, le ministère public n'a, pour sa part, aucune observation à formuler quant au projet de remboursement des obligations 3 3/4 % sans affidavits.

b) Le second point auquel le département politique fait allusion (page 9 de son exposé) a trait aux propriétaires des titres que les Français aimeraient aujourd'hui rembourser. On a vu que dans le cas de l'emprunt français 3 3/4 %, tous les titres qui appartenaient à des Suisses aux diverses dates critiques (1939-1944-1945) ont déjà été remboursés. Le solde de 34 millions concerne uniquement des titres sans affidavit appartenant primitivement à des étrangers, la plupart du temps français, titres qui ont été acquis ultérieurement par des Suisses dans un dessein purement spéculatif. Aujourd'hui, ces titres appartiennent aux grandes banques du pays: Crédit suisse, etc. Le ministère public a des raisons de croire que les membres du comité France de l'association suisse des banquiers en ont acquis une certaine quantité, à titre personnel, à fin 1949 (cf. mon rapport du 8 mai 1950, page 2 in fine et 3 en haut). Le caractère spéculatif de ces opérations est évident. Les grandes banques et les banquiers avisés s'attendent depuis longtemps à ce que la France satisfasse enfin à ses obligations. Si le trésor français s'acquittait en prélevant uniquement sur ses propres devises, il n'y aurait là rien de choquant. Il en va autrement si le paiement se fait - même partiellement seulement - par le compte A, c.à.d. par la mise à contribution du crédit de la Confédération à l'UEP. Cela ressemble un peu à une prime officielle à la spéculation. Mais je pense que le département politique

- 15 -

fédéral a raison lorsqu'il dit qu'il s'agit là des conséquences inévitables des limitations décrétées dans ce secteur particulier. Il faudra bien en finir une bonne fois, et l'occasion, pour la Suisse, semble favorable. Les motifs allégués (pages 9 in fine à 13) paraissent convaincants.

Je conclus donc en déclarant que, pour sa part, le ministère public n'a, en tant qu'autorité chargée de la poursuite pénale, aucun motif de s'opposer à la solution envisagée, le problème relevant uniquement de la politique financière."

"Je constate que dans l'ensemble et pour l'essentiel, le département des finances et des douanes soulève, à peu de chose près, les mêmes questions que le ministère public. Il ne saurait admettre, dit-il en substance, que les paiements effectués par le compte A profitent "aux Suisses de la dernière heure et spécialement certains banquiers bien informés des intentions de la France".

Désireux de contribuer à faciliter l'opération envisagée par le gouvernement français, le département fédéral des finances fait néanmoins une proposition concrète qui permettrait à la France de se procurer les devises nécessaires en livrant à la Suisse, à titre supplémentaire, des matières premières dont celle-ci a besoin (charbon, nickel, etc.). Ce procédé sauverait la face puisqu'il éviterait la mise à contribution du compte A, c.à.d. des deniers de la Confédération.

La solution préconisée par le département fédéral des finances serait idéale si elle se révélait réalisable en pratique. Il ne m'appartient pas d'en juger.

Au demeurant, je constate que le rapport joint du département fédéral des finances n'appelle aucune observation spéciale du ministère public."

Das Politische Departement unterbreitet folgenden Ergänzungsbericht zum Mitbericht des Finanz- und Zolldepartementes vom 13. April 1951 und zum Mitbericht des Volkswirtschaftsdepartementes vom 16. April 1951:

"1) Entsprechend den bisherigen Besprechungen im Rahmen der Ständigen Wirtschaftsdelegation, an welchen auch das Finanz- und Zolldepartement vertreten war und die Schweizerische Nationalbank laufend beigezogen wurde, hat das Politische Departement der französischen Botschaft mit Brief vom 16. April 1951 erneut vom Erfordernis der Vereinbarung einer zusätzlichen Alimentierung des gebundenen Zahlungsverkehrs Kenntnis gegeben, und hierfür das Zusammentreten entsprechender Delegationen vorgeschlagen; die vorgängige Ueberprüfung der gesamten Angelegenheit durch den Bundesrat wurde dabei auch bei dieser Gelegenheit ausdrücklich vorbehalten. Angesichts der bisherigen Reaktion auf französischer Seite erschien es geboten, zumindest die Türe für weitere Gespräche offen zu halten.

Der fragliche Brief wird dem Bundesrat vorgelegt.

2) Wie im Bericht des Politischen Departementes vom 13. April erwähnt, bildet die Angelegenheit seit Ende Februar 1951 Gegenstand von Besprechungen zwischen der französischen Botschaft und dem Politischen Departement; die Initiative wurde französischerseits ergriffen. Auch wenn, parallel dazu, Besprechungen in Paris

durch den Präsidenten des Komitees Frankreich der Schweizerischen Bankiervereinigung liefen, so stehen wir doch seit sechs Wochen im offiziellen Gespräch. Desgleichen erfolgten unsere Sondierungen in Paris hinsichtlich der Stellungnahme der beteiligten französischen Ministerien, der Banque de France, etc. unabhängig von den interessierten Bankenkreisen. Die vorbereitenden Besprechungen des Politischen Departementes verfolgten den Zweck, die Unmöglichkeit eines Eintretens auf das ursprüngliche französische Begehren, d.h. auf eine integrale Uebernahme durch das Vertragskonto "A", darzutun, bzw. eine allfällige Mittellösung von vorneherein von einer entsprechenden französischen Mitwirkung abhängig zu machen. So selbstverständlich dies für uns sein musste, war die bisherige Behandlung doch durch eine starke Empfindlichkeit auf französischer Seite gekennzeichnet, die sich zumindest teilweise aus der ganzen Leidensgeschichte dieser Anleihen erklären mag.

3) Das Erfordernis einer entsprechenden Sicherung, bzw. einer zusätzlichen Alimentierung des gebundenen Zahlungsverkehrs, als Gegenpartie für eine allfällige Heranziehung des Konto "A" bei der Liquidation des  $3\frac{3}{4}\%$  Anleihens, wurde vom Politischen Departement Frankreich gegenüber von allem Anfang geltend gemacht. Dies findet sich auch in unserm Antrag vom 13. April näher dargelegt (Seite 5/6), desgleichen im Brief an die französische Botschaft vom 16. April. Grundsätzlich bewegen wir uns somit durchaus auf dem Boden der Ausführungen des Finanz- und Zolldepartementes. Zur Diskussion können lediglich Ausmass und Natur unserer Bedingungen für eine Mitwirkung des Vertragskontos stehen.

Im Antrag vom 13. April, wie im Brief an die französische Botschaft vom 16. April, gingen wir dabei von einer Mittellösung 50 % / 50 % aus, was eine zudem nach Möglichkeit gestaffelte Heranziehung des Konto "A" mit Fr. 17 Mio bedeuten würde. Der vom Finanz- und Zolldepartement zitierte Betrag von Fr. 27 Mio entspricht einem französischen Gegenvorschlag auf der Basis 75 % zulasten von Konto "A", 25 % aus freien Mitteln. Wir teilen durchaus die Auffassung, dass falls auf der Basis 50 % / 50 % nicht durchzukommen ist, jede darüber hinausgehende Beanspruchung des Konto "A" grundsätzlich von entsprechend erhöhten französischen Gegenleistungen abhängig gemacht werden müsste, in erster Linie was die Natur der französischen Lieferungen unter dem Gesichtspunkte unserer Versorgung mit knappen Rohstoffen anbelangt.

Dagegen sind wir der Auffassung, dass wir uns bei einer Lösung 50 % / 50 % nötigenfalls hinsichtlich der französischen Gegenpartie weniger streng erweisen sollten. Mit andern Worten: Ausmass und Natur unserer Bedingungen würden vom Grade der Beanspruchung des Konto "A" abhängig gemacht, wobei bei einer Lösung 50 % / 50 %, in Berücksichtigung aller Umstände, nicht unbedingt an einer zahlenmässig integralen Gegenpartie festzuhalten wäre sondern als äusserste Linie eine angemessene Sicherung der weitem normalen Alimentierung des gebundenen Zahlungsverkehrs ausreichen sollte. Auch der Form der zahlungstechnischen Abwicklung wäre unseres Erachtens entgegenkommen zu zeigen.

4) In seinem Mitbericht setzt das Finanz- und Zolldepartement die Bedienung spekulativ erworbener Titel in direkte Beziehung zu den vom Bund im Rahmen der EZU aufzubringenden Krediten. Demgegenüber vertreten wir die Auffassung, dass auch auf



dem Boden des laufenden Verkehrs die Beziehungen in ihrer Gesamtheit zu betrachten sind, und nicht-einfach dieser oder jener Posten für die Beanspruchung der EZU Kredite verantwortlich gemacht werden darf. Wenn nun auch unter dem Mechanismus der EZU monatlich eine multilaterale Verrechnung erfolgt, so kann sich Frankreich auf seine nicht unerheblichen Ueberschüsse im normalen Austauschverkehr der letzten Monate berufen. So bedauerlich solche spekulativen Gewinne auch für uns sind, so sollten dadurch die allgemeinen Gründe, die unseres Erachtens unter Berücksichtigung der Vorgeschichte wie der allgemeinen Beziehungen zu Frankreich, wie sie in unserem Antrag vom 13. April einlässlich zur Darstellung gelangten, nicht beeinträchtigt werden.

5) Nachgetragen sei, dass sich Frankreich, wie schon bei früheren Versuchen zu einer Regelung, auch jetzt u.a. auf den vertraulichen Briefwechsel vom 30. Mai 1941 und den "Avenant" vom 23. Juni 1945, bzw. auf unsere "Mitwirkung" bei den damaligen Wiederaufnahmen, im Rahmen der französischerseits angebrachten Einschränkungen und unter Einführung des Affidavitsystems, beruft. Wenn sich diese schweizerische Mitwirkung auch auf eine Kenntnissnahme von diesen französischerseits auferlegten Einschränkungen in der Anleiensbedienung beschränkte und beschränken musste, d.h. in unserer Auffassung von einem schweizerischen Eingriff in die den Anleihen zugrunde liegenden privatrechtlichen Verhältnisse nicht die Rede sein kann, so müssen wir doch der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, dass sich Frankreich, im Falle eines Scheiterns, der Öffentlichkeit, insbesondere den Titelinhabern gegenüber auf diese bilateralen Festlegungen berufen wird. Ernsthafter ist der Umstand zu nehmen, dass seit dem "Accord financier" vom 16. November 1945 schweizerischerseits die Zulassung über das Vertragskonto erfolgte, obgleich es sich beim  $3 \frac{3}{4} \%$  bereits um ein verfallenes Anleihen handelte und schon damals Bundeskredite im Spiele standen. Das gleiche geschah bei den seitherigen französischen Ausweitungen in der Bedienung. Schliesslich stellt sich Frankreich auf den Standpunkt, dass ihm eine Mitsprache über die Verwendung von Mitteln des laufenden gebundenen Zahlungsverkehrs zukommt und zumindest eine teilweise Berücksichtigung seiner Wünsche erwartet werden kann.

6) Mit Bezug auf die "emprunts vivants" sei klargestellt, dass unser Antrag vom 13. April die Bereitschaft zu einer Ausweitung, d.h. über den heutigen Transferbedarf von jährlich rund Fr. 10 Mio hinaus, bezweckt; dabei bedeutet ferner der französische Vorschlag auf Aufhebung der Affidavit- und ähnlichen Auszahlungsdokumente für die fraglichen Aussenanleihen, unter Ersatz durch ein festes Transferkontingent, integrierender Bestandteil der französischerseits nachgesuchten Bereinigung der Vergangenheit. Die mutmassliche Mehrbelastung für Konto "A" dürfte, nach den bisherigen Abklärungen, Fr. 2 Mio kaum übersteigen, und sollte beim Transfervolumen mit Frankreich ohne weiteres tragbar sein.

7) Der Vollständigkeit halber möchten wir beifügen, dass die von uns im Wege über das Justiz- und Polizeidepartement konsultierte Bundesanwaltschaft, unter dem Gesichtspunkte der Affidavitprozesse wie der strafrechtlichen Behandlung von Verstössen im Affidavitwesen, keine Einwendungen gegen die Weiterverfolgung und eine allfällige Regelung der französischen Aussenanleihen

- 18 -

erhebt, indem es sich dabei um eine Frage der Finanzpolitik bzw. des Verhältnisses zu Frankreich handle.

8) Hinsichtlich des weitem Vorgehens ist insofern eine gewisse Dringlichkeit geboten, als für die  $3 \frac{3}{4}$  % Anleihe der letzte Zinscoupon auf 1. Juni 1951 zur Verjährung gelangt. Das Ergebnis der von uns beantragten weitem Verhandlungen mit Frankreich würde dabei von der Zustimmung des Bundesrates abhängig gemacht werden.

Anträge:

1. Mit diesen Ergänzungen möchten wir unsere Anträge vom 13. April 1951 bestätigen.

2. Mit der Durchführung der weitem Besprechungen und allfälligen Verhandlungen mit Frankreich sei zu betrauen:

Herr Minister A. Zehnder, Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten des Politischen Departementes.

Das Politische Departement sei, je nach Ort und Ausmass der Besprechungen, zur Betrauung weiterer Vertreter des Politischen Departementes, wie zur Heranziehung von Persönlichkeiten aus dem Kreise der jeweiligen Verhandlungsdelegationen mit Frankreich, nötigenfalls auch weiterer Experten, zu ermächtigen."

Auf Grund der Beratung werden die Anträge des Politischen Departementes zum Beschluss erhoben.

Protokollauszug an das Finanz- und Zolldepartement und an das Volkswirtschaftsdepartement (3 Expl.) zur Kenntnis, sowie an das Politische Departement (10 Expl.) zum Vollzug.

Für getreuen Auszug,  
Der Protokollführer:

*Ch. O. J.*